

Ohne Mut

Von Oliver Hillinger

Vielen Mitgliedern des Rudersberger Gemeinderats waren die Bauchschmerzen anzumerken, mit denen sie den ersten Verkehrsberuhigungsmaßnahmen im Sinne von „Shared Space“ jetzt zugestimmt haben. Bisher hatten die Vorstellungen von durchgreifenden Umbauten der Ortsdurchfahrt für sie doch noch etwas Abstraktes gehabt.

Nach einem Besuch im niedersächsischen Bohmte, der Modellkommune für den gemeinsamen Verkehrsraum, hatten sich einige Ratsmitglieder durchaus mit der Idee angefreundet, dass Autos und Fußgänger dieselben Flächen benutzen können, ohne dass es laufend zu Unfällen kommt. Wenn es daran geht, diese Ideen konkret umzusetzen, dann berührt das zwangsläufig auch liebgewordene Besitzstände. Auf einmal ist das Überholen wegen eines Tempolimits nicht mehr möglich. Auf einmal muss man kleine Umwege in Kauf nehmen, weil einzelne Straßen gesperrt werden. Auf einmal schwant es manchem Gemeinderat in Rudersberg, dass sich der Umgang mit dem motorisierten Gefährt generell ändern muss, wenn man entschlossen ist, die Ortsmitten zu beleben.

Die Verkehrsbelastung fällt nicht vom Himmel. Sie ist die Summe jeder kleinen motorisierten Freiheit, die sich auch die Rudersberger Bevölkerung gerne nimmt. Wer aber nicht zum Verzicht bereit ist, der wird an innerörtlichen Blechkolonnen grundsätzlich auch nichts ändern.

Der Rudersberger Gemeinderat hat sich jetzt durch eine mit Kompromissen garnierte Entscheidung gerade noch vor einer Blamage gerettet. Es ist jedoch die Frage, ob das Gremium in seiner jetzigen Besetzung gewillt sein wird, durchgreifende Änderungen im Sinne von „Shared Space“ zu beschließen. Die spannende Frage ist deshalb, ob die Bürger bei der Kommunalwahl ein klares Signal geben, ob sie ein neues Verkehrskonzept wollen oder nicht. Denn es kann auf Dauer nicht angehen, dass man städtebaulich eigentlich gewollte Veränderungen verhindert, weil dann der eigene Lieferwagen nicht mehr so gut vorankommen würde.

Pläne für die Schmiede II

Risikobereit



Von Shared Space wie hier im niedersächsischen Bohmte ist man in Rudersberg noch weit entfernt.

Foto dpa

Verhaltenes Ja zum Verkehrskonzept

Der Rudersberger Gemeinderat gibt „Shared Space“ seinen Segen, macht jedoch Abstriche

RUDERSBERG. Nach langer Vorplanung hat der Rudersberger Gemeinderat erste Schritte zur Verkehrsberuhigung der Ortsmitten grundsätzlich beschlossen. Etliche Ratsmitglieder traten jedoch wegen Bedenken gegen einzelne Punkte auf die Bremse.

Von Oliver Hillinger

Fast eine Stunde lang diskutierte der Gemeinderat am Dienstagabend über das Konzept „Shared Space“, dessentwegen Rudersberg zurzeit überregional von sich reden macht. Der „Gemeinsame Verkehrsraum“, wie das Konzept übersetzt heißt, sieht einen Umbau der Ortsmitte vor, in der dann Fußgänger und der motorisierte Verkehr gleichberechtigt sein sollen. Rudersberg verspricht sich dadurch eine Entlastung von den rund 13 000 Autos, die täglich den Hauptort und die Teilorte Schlechtbach und Michelau durchqueren. Der Verkehr soll stattdessen über die B 29 und die verlängerte B 14 in den Raum Backnang fließen.

Im vergangenen Juni hatte der Gemeinderat grünes Licht für eine Vorplanung gege-

ben, im Februar hatte der Aachener Verkehrsplaner Jochen Richard erste Eckpunkte vorgestellt. Er hielt den gemeinsamen Verkehrsraum im Sinne einer städtebaulichen Wiederbelebung der Rudersberger Ortsmitte für machbar. Richard schlug zudem erste Maßnahmen vor, welche die Gemeinde im Vorgriff auf „Shared Space“ umsetzen könnte: Anzeigetafeln, die den Durchfahrenden die Geschwindigkeit signalisieren, das Versetzen von Ortsschildern und eine Sperrung einer Seitenstraße im Ortsteil Michelau für Fahrzeuge mit mehr als 3,5 Tonnen. Zudem sollte zwischen Michelau und Schlechtbach künftig Tempo 70 gelten.

In Teilen des Rudersberger Gemeinderates erzeugten diese ersten konkreten Schritte Unbehagen. In der Sitzung, die Bürgermeister Martin Kaufmann gerne als Wegweiser für ein „Shared Space“-Pilotprojekt verstanden hätte, waren etliche Bedenken zu hören. Steffen Menikheim (Freie Wähler) zum Beispiel fiel auf, dass ein Tempolimit zwischen Schlechtbach und Michelau verhindern könnte, dort einen Lastwagen zu überholen. Ebenso monierte der Stuckateurmeister, dass er im Falle einer Gewichtsbeschränkung von 3,5 Tonnen künftig die Nebenstraße in Miche-

lau mit einem Teil seiner Fahrzeuge nicht mehr benutzen könnte. Der CDU-Rat Karl Siegle schlug vor, einen Fußgängerüberweg in Rudersberg zu versetzen, obwohl dies gar nicht Teil des Konzepts war. Und der Freiwähler-Rat Thomas Klotzbücher beantragte eine Kostenaufstellung, bevor er sich in der Lage sehe, darüber zu entscheiden.

Es bedurfte entschiedener Appelle, um den Gemeinderat zur Zustimmung zu bewegen. Bernd Wessel (SPD) forderte seine Ratskollegen auf, von der Sitzung müsse „ein deutliches Signal“ an das Land ausgehen. Bürgermeister Martin Kaufmann erklärte, Kostenaufstellungen von Kleinmaßnahmen würden das Verfahren unnötig verzögern. Ihm gehe es lediglich darum zu erfahren, ob der Gemeinderat hinter dem Verkehrskonzept stehe und er erste Maßnahmen umsetzen könne. Vor jeder weitergehenden Entscheidung werde das Gremium erneut gefragt, betonte Kaufmann.

Der Bürgermeister ließ die Vorschläge einzeln abstimmen. Die Räte votierten gegen ein Tempolimit zwischen Michelau und Schlechtbach, für eine Gewichtsbeschränkung von 7,5 Tonnen in Michelau und für eine Verlegung des Zebrastreifens in Rudersberg.